

Geschäftsbericht 2010



Inhalt

Verband auf einen Blick

- 4 Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2006–2010
- 5 Organe des Verbands
- 5 Aufsichtsbehörden

Verbandsjubiläum

- 6 100 Jahre Rückendeckung für die Öffentlichen

Lagebericht

- 10 Aufgaben des Verbands
- 10 Die Lage auf dem Versicherungsmarkt
- 11 Entwicklung der Kapitalmärkte
- 12 Geschäftsverlauf des Verbands
- 14 Kapitalanlagen
- 15 Jahresüberschuss
- 15 Vermögenslage
- 15 Eigenkapital
- 15 Nachtragsbericht
- 16 Risikobericht
- 16 Risikomanagementprozess: Integraler Bestandteil des Geschäftsbetriebs
- 17 Risikoberichterstattung und Risikotransparenz
- 17 Risikokontrollfunktionen im Rahmen des Risikomanagementprozesses
- 18 Wesentliche Risiken
- 23 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage
- 24 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2011
- 24 Dank

Jahresabschluss

- 26 Bilanz zum 31. Dezember 2010
- 28 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Anhang

- 30 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 34 Angaben zur Bilanz
- 34 Aktiva
- 38 Passiva
- 40 Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 41 Sonstige Angaben
- 42 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 43 Bericht des Verwaltungsrats

Die Gruppe der öffentlichen Versicherer

- 44 Tätigkeitsgebiete der öffentlichen Versicherer
- 46 Mitgliedsunternehmen des Verbands öffentlicher Versicherer

Verband auf einen Blick

Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2006 – 2010

in Tsd. €	2010	2009	2008	2007	2006
Gebuchte Beiträge – brutto	313.894	323.778	298.079	313.363	306.054
Verdiente Beiträge – netto	236.870	261.185	261.269	278.691	261.926
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. (nach Veränderung der Schwankungsrückstellung)	-43.725	-50.052	-7.604	-37.355	-31.225
Ergebnis Allgemeines Geschäft	44.935	56.897	26.308	47.731	43.458
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.209	6.845	18.704	10.375	12.233
Jahresüberschuss (nach Steuern)	1.650	1.463	1.618	1.446	1.355
in % der verdienten Nettobeiträge	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Kapitalanlagen ¹⁾	1.346.294	1.316.814	1.269.403	1.243.288	1.182.499
Laufende Bruttoverzinsung	3,9	3,6	4,1	4,4	4,1
Versicherungstechnische Rückstellungen – netto	1.265.672	1.248.038	1.201.407	1.195.678	1.148.185
davon Schwankungs- u. ähnliche Rückstellungen	122.267	133.940	142.074	166.620	163.378
Eigenkapital (abzgl. ausstehender Einlagen)	64.029	60.882	59.419	57.801	56.355
in % der verdienten Nettobeiträge	27,0	23,3	22,7	20,7	21,5
Schadenquote – netto (in % der verdienten Nettobeiträge)	63,3	73,9	63,3	65,9	65,6
Kostenquote – netto (in % der gebuchten Nettobeiträge)	58,4	48,3	49,2	46,8	41,8
Kombinierte Schaden- / Kostenquote – netto (in % der verdienten Nettobeiträge)	121,5	122,4	112,5	112,4	107,7

¹⁾ einschl. Depotforderungen

Organe des Verbands

Verwaltungsrat

Friedrich Schubring-Giese, München
– Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern

Dr. Robert Pohlhausen, Hannover
– stv. Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstands der
VGH Versicherungen

Michael Doering, Braunschweig
Vorsitzender des Vorstands der
Öffentlichen Versicherungen
Braunschweig

Ulrich Jansen, Düsseldorf
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial Rheinland Versicherungen

Gerhard Müller, Dresden
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

Ulrich Rüter, Münster
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial NordWest Holding

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl,
Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung

Vorstand

Dr. Arno Junke, Vorsitzender
Dr. Walter Reindl, stv. Vorsitzender
bis 31. März 2010

Frank Schaar, seit 1. März 2010
stv. Vorsitzender seit 1. April 2010

Dr. Achim Hertel
Michael Rohde

Aufsichtsbehörden

Körperschaftsaufsicht
Finanzministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Fachaufsicht
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungs-
aufsicht (BaFin), Bonn

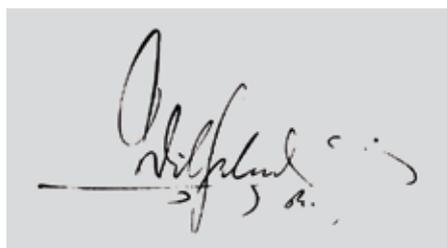
100 Jahre Rückendeckung für die Öffentlichen

Der Verband als Rückversicherer

Der Verband öffentlicher Versicherer ist weit mehr als eine bloße Interessenvertretung seiner Mitglieder. Er agiert gleichzeitig auch als Rückversicherer für die Lebensversicherung und die HUK-Sparten. Verbandsfunktion und Rückversicherungsfunktion sind untrennbar miteinander verbunden und prägen das Profil des Verbands als moderner Dienstleister für seine Mitgliedsunternehmen.

Die gemeinsame Rückversicherung der öffentlichen Versicherer wird arbeitsteilig betrieben. Die Deckung für die Sachversicherungszweige – insbesondere die Gebäudeversicherung – übernimmt die Deutsche Rückversicherung AG. Sie wurde 1951 von den öffentlichen Feuerversicherern gegründet, um die in der Gebäudeversicherung von Jahr zu Jahr stark schwankenden Risiken zu bewältigen und Spitzenbelastungen, die einzelne Versicherer überfordern würden, in den Rückversicherungsmarkt zu transferieren.

1911



Am 24. November 1911 genehmigt Wilhelm II. die Gründung des Verbands öffentlicher Lebensversicherer.

Die Aufgaben des Verbands öffentlicher Lebensversicherer sind von Beginn an umfangreich: Er ist die technische und wissenschaftliche Zentrale, vertritt seine Mitglieder nach außen und dient als Rückversicherer. In Gebieten, in denen es noch keine öffentlichen Anstalten gibt, tritt der Verband als Erstversicherer auf – und er ist Geburtshelfer für neue Versicherer.

1926



Pariser Platz in Berlin Ende der 1920er – die Kraftfahrtversicherung gewinnt offensichtlich an Bedeutung.

In den 1920er-Jahren nehmen die öffentlichen Lebensversicherer die Haftpflicht-, Unfall- und Kfz-Versicherung auf. Vorher wurde hitzig diskutiert, ob diese Sparten bei den öffentlichen Feueranstalten besser aufgehoben seien. Der 1926 gegründete Verband öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten wird in Personalunion mit dem Lebensverband geführt.

Wettbewerbsvorteil genossenschaftliche Rückversicherung

Für die Rückversicherung ihres Leben- und HUK-Geschäfts bietet über die Deutsche Rück hinaus auch der Verband den öffentlichen Versicherern eine Lösung. Diese „Long-Tail-Risiken“, bei denen Verträge oft über Jahrzehnte laufen und sich die Abwicklung von Schäden wie etwa in Haftpflicht über einen langen Zeitraum erstreckt, können ideal über das genossenschaftliche Rückversicherungssystem des Verbands abgedeckt werden.

In diesem System gibt es keinen Interessenkonflikt zwischen Kunde und Rückversicherer, denn die Kunden bestimmen als Mitglieder selbst über ihre Rückversicherung. Außerdem hat es einen weiteren entscheidenden Vorteil für die Mitglieder: Der Rückversicherer erzielt keine Gewinne. Der erwirtschaftete Gewinn mit Ausnahme einer satzungsmäßigen Rücklage fließt direkt an den Erstversicherer zurück. Kein externer Rückversicherer kann deshalb auf Dauer günstiger sein als der Verband. Für die öffentlichen Versicherer bringt diese kostengünstige Form der Rückversicherung einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Markt.

1949



Für jede Dienstreise von Berlin in die einzelnen Besatzungszonen ist ein Interzonen-Pass erforderlich.

Von Berlin aus Kontakt zu halten mit den Lebensversicherern in den westlichen Besatzungszonen ist schwierig. Bereits 1947 bezieht eine Verbandsgeschäftsstelle in der Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz ihr Büro. Zwei Jahre später wird Düsseldorf auch offiziell Hauptsitz. Durch einen Doppelsitz hält der Verband Berlin rein formal die Treue.

1966



Der fusionierte Verband, seit dem Krieg stets Untermieter bei Mitgliedsanstalten, zog 1969 ins eigene Gebäude.

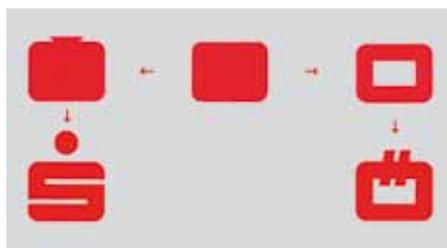
Vierzig Jahre hatte der Unfallverband zwar formal selbstständig als Interessenvertreter für die öffentlichen HUK-Sparten gearbeitet. Von Anfang an war er jedoch durch Personalunion eigentlich Teil des Lebensverbands und geht 1966 endgültig in ihm auf. Die Firmierung lautet zukünftig „Verband öffentlicher Lebens- und Haftpflichtversicherer“.

Seit 100 Jahren gemeinsame Rückversicherung

Mit der Gründung des Verbands schufen die öffentlichen Lebensversicherer vor 100 Jahren die Basis für eine gemeinschaftliche Form der Rückversicherung. Damals brauchten die ersten öffentlichen Lebensversicherer eine geeignete Form der Rückversicherung, denn die privaten Versicherer verweigerten den neuen öffentlichen Konkurrenten die Rückdeckung. Die Anfänge waren bescheiden: 1913, im zweiten vollen Jahr seiner Tätigkeit, bestand der Verband nur aus fünf Mitgliedsunternehmen und hatte gerade einmal 3.089 Verträge in Rückdeckung. Daraus flossen Bruttoprämien von 1,2 Mio. Reichsmark. 20 Jahre später waren öffentliche Lebensversicherer bereits flächendeckend in ganz Deutschland tätig. 23.500 Verträge wurden 1933 über den Verband rückgedeckt, die Prämieinnahmen der Verbandsrückversicherung erreichten 8,8 Mio. Reichsmark.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es etliche Jahre, bis das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik auch die Lebensversicherer erfasste: Erst 1960 übertraf das Beitragsvolumen der Verbandsrückversicherung mit 28 Mio. DM wieder die Vorkriegswerte. Dann wuchs aber parallel zum Boom der Lebensversicherung auch das Rückversicherungsgeschäft des

1984



Ein Zeichen der Annäherung: Seit 1980 nutzen die öffentlichen Feuer- und Leben/HUK-Versicherer gemeinsam das rote „Ö“.

Da mittlerweile meist dieselbe Gesellschaft Feuerversicherung und HUK-Sparten betreibt, werden die Verbände zusammengeführt: Ab 1984 bildet der Verband öffentlicher Feuerversicherer, dessen Wurzeln bis 1872 zurückreichen, mit dem Verband öffentlicher Lebens- und Haftpflichtversicherer eine Organgemeinschaft. 1996 fusionieren sie zum Verband öffentlicher Versicherer.

1994



Werbemotiv und Wirklichkeit: Die öffentlichen Gebäudeversicherer stellen sich Mitte der 1990er-Jahre dem Wettbewerb.

Die Europäische Union hebt das Monopolrecht der Gebäude-Feuerversicherer auf. Für den Verband bedeutet das eine Erweiterung seiner Aufgaben: Er unterstützt die ehemaligen Monopolanstalten bei der Risikobewertung, der Entwicklung neuer Versicherungsbedingungen und der Tarifikalkulation, um ihnen den Umgang mit dem neuen Wettbewerb zu erleichtern.

Verbands stark. Bis 1980 stiegen die Bruttobeiträge um fast das Zehnfache auf 214,2 Mio. DM. Heute erreicht die Verbandsrückversicherung Dimensionen, von denen die Gründerväter vor 100 Jahren nicht einmal zu träumen gewagt hätten: 2010 lagen die Bruttobeiträge bei 313,9 Mio. Euro. Damit spiegelt die Entwicklung der Verbandsrückversicherung den Aufstieg der Lebensversicherung zur wichtigsten Form der Altersvorsorge in Deutschland unmittelbar wider.

Der Verband stellt den öffentlichen Versicherern heute die breite Palette von Dienstleistungen eines professionellen Rückversicherungsunternehmens zur Verfügung – und er macht gleichzeitig die Rückdeckung des Geschäfts zu einem konkurrenzlos günstigen Preis möglich. Durch diese Doppelfunktion ist der Verband – anders als andere Wirtschaftsverbände – mehr als ein Interessenvertreter und eine Kommunikationsplattform für seine Mitglieder: Mit der genossenschaftlich betriebenen Rückversicherung ist er seit 100 Jahren ein elementarer Bestandteil des Geschäftsmodells der öffentlichen Versicherer.

1999



Deutsche Rück und Verband haben seit 1999 ihren Firmensitz an der Hansaallee 177 in Düsseldorf-Heerdt.

Im Jahr 1999 wechselten der Verband öffentlicher Versicherer und die Deutsche Rückversicherung AG die Rheinseite – von Golzheim ins eigene Gebäude im Hansapark in Heerdt. Bereits im Jahr 1989 war die Deutsche Rück von Hamburg nach Düsseldorf gezogen, um eine Organ- und Verwaltungsgemeinschaft mit dem Verband zu bilden.

2011



**Der aktuelle Vorstand des Verbands:
Michael Rohde, Dr. Achim Hertel, Dr. Arno Junke
und Frank Schaar.**

Heute fungiert der Verband öffentlicher Versicherer vor allem als hoch spezialisierter Dienstleister für die elf Erstversicherer-Gruppen. Er ist die zentrale Informationsdreh Scheibe für alle Themen, die die Öffentlichen bewegen. Verbands- und Rückversicherungsfunktion, die schon bei der Gründung die Arbeit prägten, sind auch heute noch eng miteinander verbunden.

Lagebericht

Aufgaben des Verbands

Der Verband öffentlicher Versicherer ist Berufsverband und zugleich Rückversicherer. Als Rückversicherer übernehmen wir die von unseren Mitgliedern, den öffentlichen Versicherern, zur Rückdeckung übertragenen Risiken in der Lebens-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung sowie in den sonstigen Versicherungszweigen. Der Verband führt seine Geschäfte ohne Gewinnstreben nach genossenschaftlichen Grundsätzen. Oberstes Organ ist die Mitgliederversammlung, die unter anderem die Grundsätze für die Rückversicherung aufstellt.

Der Verband bildet zusammen mit der Deutschen Rückversicherung Aktiengesellschaft eine betriebliche Einheit, bewahrt dabei aber seine juristische und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die räumliche und personelle Zusammenfassung der Rückversicherungs- und Verbandsaktivitäten unter einem einheitlichen Vorstand bündelt das Know-how der Erst- und Rückversicherung aller Sparten. Verband und Deutsche Rück erreichen dadurch eine höhere Produktivität und Effizienz bei spartenübergreifenden Aufgaben.

Die Lage auf dem Versicherungsmarkt

Die Gesamtwirtschaft in Deutschland hat sich im Jahr 2010 von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr schnell erholt. Dennoch ist eine langfristig stabile Lage nicht absehbar. Auch während dieser Krise hat sich die deutsche Versicherungswirtschaft als robuste Größe erwiesen und die Entwicklung ohne große Blessuren überstanden.

2010 konnten die deutschen Versicherungsunternehmen abermals gestiegene Beiträge verzeichnen. Das Beitragsvolumen erhöhte sich um 4,3 % und lag damit sogar leicht über dem Vorjahreswachstum von 4,2 %. Insgesamt nahmen die deutschen Erstversicherer im Jahr 2010 Beiträge in Höhe von 178,8 Mrd. € (Vorjahr 171,4 Mrd. €) ein.

Wie im Vorjahr trugen neu abgeschlossene Verträge mit Einmalbeiträgen in der Lebensversicherung erheblich zu diesem Wachstum bei – ohne diese Einnahmen hätte es nur 0,5 % betragen.

Mit einem Anteil von über 50 % der Brutto-Beitragseinnahmen blieb die Lebensversicherung einschließlich Pensionskassen und -fonds der größte Zweig der deutschen Versicherungswirtschaft. Die Beiträge nahmen um 6,0 % (Vorjahr +7,1 %) auf 90,4 Mrd. € zu. Davon entfielen 27,0 Mrd. € auf Verträge mit Einmalbeiträgen. Das Wachstum in diesem Segment betrug etwa 30 %, lag damit aber schon deutlich unterhalb des Vorjahresplus von 60 %. Die Stornoquote war die niedrigste der letzten drei Jahre, sie sank 2010 auf 3,6 %. Der Vertragsbestand ist im Geschäftsjahr um ein knappes Prozent zurückgegangen.

Auch die Schaden- und Unfallversicherung konnte ein leichtes Beitragswachstum um 0,7 % auf 55,1 Mrd. € erzielen. Erfreulich war die Entwicklung in der Kraftfahrtversicherung, die in den letzten Jahren durch den Wettbewerbsdruck kontinuierlich rückläufige Beitragseinnahmen hinnehmen musste. Im Geschäftsjahr konnte ein Plus von 0,6 % auf 20,2 Mrd. € verbucht werden. In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung war dagegen ein leichter Beitragsrückgang um 1,0 % hinzunehmen. Weiterhin auf Wachstumskurs, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr, zeigte sich die Sachversicherung. Sowohl im Industrie- als auch im Privatgeschäft erhöhten sich die Beitragseinnahmen.

Die private Krankenversicherung steigerte ihre Beitragseinnahmen 2010 um 5,8 % (Vorjahr +3,8%) auf 33,3 Mrd. €. Davon entfiel auf die Krankenversicherung eine Zunahme um 6,1 % auf 31,2 Mrd. €, die Pflegeversicherung wuchs um 1,7 % auf 2,1 Mrd. €.

Die deutschen Erstversicherer haben 2010 Leistungen von 138,0 Mrd. € an die Versicherungsnehmer erbracht. Das sind 2,4 % mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte der Gesamtleistungen entfiel auf die Lebensversicherung. Nach rückläufigen Leistungen im Vorjahr erhöhte sich der Aufwand leicht. Auch in der privaten Krankenversicherung sind die Leistungen angestiegen, wenn auch geringer als 2009.

In den Sachsparten waren 2010 Naturkatastrophenschäden wie der Orkan Xynthia, die lange Frostperiode und Überschwemmungen hauptverantwortlich für einen Anstieg der Leistungen um 11,1 %. In der Kraftfahrtversicherung lagen die erbrachten Leistungen der Versicherer nur noch geringfügig unter den Beitragseinnahmen.

Da das Beitragswachstum höher als der Anstieg der Versicherungsleistungen ausfiel, verbesserte sich die kombinierte Schaden-Kosten-Quote von 98 % auf 95,6 %.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Die Erholung der Weltwirtschaft schien im Frühjahr 2010 an Schwung zu verlieren, so dass ein rasches Abbrechen der Aufwärtsentwicklung befürchtet werden musste. Doch im vierten Quartal 2010 nahm der Aufschwung wieder an Fahrt auf. Industrieproduktion und Einkaufsmanagerindizes gaben positive Signale, vor allem getragen von der Aufwärtsentwicklung in einigen der Schwellenländer. In den klassischen Industrieländern war im Schnitt jedoch eher ein moderates Wachstum festzustellen.

Beeinflusst von den weltweit verbesserten Konjunkturaussichten entwickelten sich die internationalen Finanzmärkte weitgehend positiv. Besonders im vierten Quartal stiegen die Rohstoffpreise weiter und zog nach dem Sommerzinstief das Zinsniveau wieder an. Die maßgeblichen Rentenmärkte beendeten das Jahr 2010 noch überwiegend mit Kursgewinnen. Jedoch war in Europa bereits durch die leicht gestiegenen Renditen in den kurzen Laufzeiten die restriktivere Haltung der Europäischen Zentralbank erkennbar. Die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen

lagen zum Jahresende bei 2,96 % und damit 44 Basispunkte unter dem Wert am Vorjahresstichtag. Mit 3,29 % rentierten US-Staatsanleihen im 10-Jahres-Bereich 55 Punkte niedriger.

Die abnehmende Unsicherheit der Marktteilnehmer schlug sich auch auf die Aktienmärkte in den USA und Deutschland nieder: Die Notierungen dort waren im Jahresvergleich im zweistelligen Prozentbereich gestiegen. Der Dow-Jones-Index erhöhte sich um 11 %, der Deutsche Aktienindex (DAX) um 16 %. Andere Börsen in Europa hatten an dieser Entwicklung weniger Anteil. Der marktweite DJ Euro-Stoxx50-Return-Index ging um 3 % zurück, was zum Teil auf die zunehmenden Irritationen bezüglich der Verschuldung einiger europäischer Staaten zurückzuführen war.

Geschäftsverlauf des Verbands

Ertragslage

Beitragseinnahmen

Der Verband vereinnahmte im Geschäftsjahr 2010 Beiträge von 313,9 Mio. €, nachdem im Vorjahr ein Beitragsvolumen von 323,8 Mio. € erzielt wurde. Die Reduzierung um 9,9 Mio. € resultiert überwiegend aus der Neuausrichtung der Rückversicherung eines Mitgliedsunternehmens. Andererseits sind die Beitragseinnahmen aus der Übernahme der Restkreditversicherung im Geschäftsjahr 2010 weiter deutlich angestiegen. Dieses Geschäft wird aber zum größten Teil weiter zediert. Für eigene Rechnung fällt der Beitragsrückgang deshalb höher aus. Nach 262,5 Mio. € im Vorjahr reduzierten sich die Nettobeiträge um 26,7 Mio. € oder 10,2 % auf 235,8 Mio. €. Durch diesen Effekt ging die Selbstbehaltquote von 81,1 % auf 75,1 % zurück.

Die Lebensversicherung verzeichnete im Geschäftsjahr einen leichten Anstieg der Beitragseinnahmen um 0,4 Mio. € oder 0,6 % auf 72,0 Mio. €. Nach Retrozession verblieb ein Nettobeitragsvolumen von 58,9 Mio. €, das um 1,8 Mio. € oder 3,0 % über den Vorjahreseinnahmen lag.

Gebuchte Beitragseinnahmen nach Versicherungszweigen in Mio. €

	Brutto	Brutto	Veränderung	Netto	Netto	Veränderung
	2010	2009	zum Vorjahr	2010	2009	zum Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Lebensversicherung	71,99	71,59	+ 0,6	58,85	57,12	+ 3,0
HUK insgesamt	193,51	220,17	- 12,1	173,57	202,22	- 14,2
Haftpflichtversicherung	77,42	82,62	- 6,3	68,25	74,99	- 9,0
Unfallversicherung	10,37	11,55	- 10,2	9,87	10,87	- 9,2
Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung	94,70	110,39	- 14,2	87,59	103,96	- 15,7
Kraftfahrtversicherung – Sonstige	11,02	15,62	- 29,4	7,86	12,41	- 36,7
Sonstige Versicherungszweige	48,39	32,02	+ 51,1	3,38	3,13	+ 8,1
Gesamt	313,89	323,77	- 3,1	235,80	262,47	- 10,2

Im Nicht-Leben-Geschäft sind die gebuchten Bruttobeiträge dagegen um 10,3 Mio. € oder 4,1 % auf 241,9 Mio. € zurückgegangen. Dabei entwickelten sich die Sparten konträr. Während das Brutto-Beitragsvolumen in den sonstigen Versicherungszweigen, bedingt durch das Wachstum im Restkreditgeschäft, um 16,4 Mio. € oder 51,1 % zunahm, mussten in den HUK-Sparten deutliche Einbußen hingenommen werden. Insgesamt betrug der Rückgang im HUK-Geschäft 26,7 Mio. € oder 12,1 % gegenüber den Vorjahreseinnahmen. Im Kraftfahrt-Haftpflichtgeschäft lag mit einer Mindereinnahme von 15,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr die höchste Reduzierung vor.

Da das übernommene Restkreditgeschäft nur zu einem sehr geringen Teil im Selbstbehalt verbleibt, kann der Rückgang der Nettobeiträge im Nicht-Leben-Geschäft nicht kompensiert werden. Folglich gingen die Beiträge für eigene Rechnung um 28,4 Mio. € oder 14,1 % auf 176,9 Mio. € zurück.

Schadenverlauf (netto)

Der Nettoschadenaufwand des Nicht-Leben-Geschäfts ist von 170,0 Mio. € im Vorjahr um 46,2 Mio. € auf 123,8 Mio. € im Geschäftsjahr gesunken. Ein Grund für den Rückgang ist das reduzierte Geschäftsvolumen. Auch ohne Berücksichtigung dieses Effekts ist aber eine Verringerung der Schadenlast erkennbar. Betrug die Nettoschadenquote nach Abwicklung im Vorjahr noch 83,3 %, reduzierte sie sich im Geschäftsjahr auf 69,6 %. Innerhalb der Sparten zeigten sich gegenläufige Entwicklungen:

- In der Haftpflichtversicherung hat sich die Schadenquote durch Nachreservierungen seitens einzelner Zedenten gegenüber dem Vorjahr von 60,1 % auf 72,5 % erhöht. Aus der Abwicklung zeigte sich ein Verlust von 1,7 Mio. €.

- Auch in der Unfallversicherung ist die Nettoschadenquote im Geschäftsjahr angestiegen. Nach 58,7 % im Vorjahr betrug die Quote im Berichtsjahr 62,6 %. Das Abwicklungsergebnis zeigte einen leichten Verlust.
- Die Kraftfahrtversicherung hatte dagegen im Geschäftsjahr den deutlichsten Rückgang der Nettoschadenbelastung zu verzeichnen. Entsprechend hat sich die Nettoschadenquote von 101,3 % im Vorjahr auf 69,9 % im Berichtsjahr verbessert. Das Abwicklungsergebnis für eigene Rechnung wies einen hohen Gewinn von 22,6 Mio. € aus.
- In den sonstigen Versicherungszweigen (Luftfahrt-, Eigenschaden-, Rechtsschutz-, Kranken-, Beistandsleistungs- und Restkreditversicherung) schwankt die Schadenquote wegen des geringen Beitragsvolumens regelmäßig stark. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sank die Nettoschadenquote von 43,7 % auf 28,3 %.
- Die Nettoschadenbelastung in der Lebensversicherung lag im Geschäftsjahr 2010 über der Belastung des Vorjahrs. Entsprechend ist die Nettoschadenquote von 40,0 % auf 44,5 % angestiegen.

Nettoschadenquoten*

in %	2010	2009
Lebensversicherung	44,5	40,0
HUK insgesamt	70,5	83,7
Haftpflichtversicherung	72,5	60,1
Unfallversicherung	62,6	58,7
Kraftfahrtversicherung	69,9	101,3
Sonstige Versicherungszweige	28,3	43,7
Gesamt	63,3	73,9

* Gesamtschadenaufwand in % der verdienten Nettobeiträge

Kostenentwicklung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben im Geschäftsjahr 2010 deutlich zugenommen. Sie enthalten aufgrund des Geschäftsmodells Rückgaben an die Mitgliedsunternehmen. Bezogen auf die geminderten Beitragseinnahmen für eigene Rechnung stieg die Nettokostenquote von 48,3 % auf 58,4 %. Unseren Mitgliedsunternehmen schrieben wir bedingungsgemäß Rückgaben in Höhe von 82,9 Mio. € (Vorjahr 71,0 Mio. €) gut. Zusammen mit der Rückversicherungsprovision von 86,0 Mio. € (Vorjahr 76,8 Mio. €) zahlte der Verband somit insgesamt 168,9 Mio. € (Vorjahr 147,8 Mio. €) an seine Zedenten.

Die Aufwendungen für die Verwaltung der Rückversicherung sind im vergangenen Geschäftsjahr auf dem Vorjahresniveau von 5,4 Mio. € geblieben. Bezogen auf die geringeren Bruttobeiträge ist der Kostensatz gegenüber dem Vorjahr von 1,68 % auf 1,72 % angestiegen.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung schloss aufgrund der deutlich verminderten Schadenbelastung mit einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Fehlbetrag von 55,4 Mio. € (Vorjahr – 58,2 Mio. €)

ab. Der Schwankungsrückstellung haben wir im Geschäftsjahr einen Betrag von 11,7 Mio. € entnommen. Sie betrug Ende 2010 insgesamt 122,3 Mio. €.

Kapitalanlagen**Kapitalanlageergebnis**

Die laufenden Bruttoerträge aus Kapitalanlagen (ohne Depotforderungen) sind von 43,9 Mio. € im Vorjahr um 5,1 Mio. € oder 11,5 % auf 49,0 Mio. € im Berichtsjahr 2010 angestiegen. Während die Erträge aus Grundstücken durch Bestandsreduzierung um 1,6 Mio. € geringer ausfielen, haben sich Erträge aus Beteiligungen um 4,8 Mio. € erhöht. Hierbei handelt es sich jedoch um einen Einmaleffekt durch Neustrukturierung.

Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen sind im Geschäftsjahr um 1,9 Mio. € auf 39,9 Mio. € gestiegen. Sowohl Inhaberschuldverschreibungen (+ 0,8 Mio. €) als auch Investmentzertifikate (+ 0,7 Mio. €) haben großen Anteil an dieser Zunahme.

Das Kapitalanlageergebnis insgesamt (vor technischem Zins) ging im Berichtsjahr erwartungsgemäß zurück. Hatten im Vorjahr hohe Zuschreibungen nach der

Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands

	2010		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke	9,6	0,8	10,4	0,9
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	62,1	5,0	55,4	4,5
Aktien	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentanteile	364,7	29,0	346,3	28,2
Festverzinsliche Wertpapiere	34,5	2,7	20,0	1,6
Hypotheken-, Grundschild- und Rentenforderungen	2,7	0,2	2,5	0,2
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	766,9	61,1	774,3	63,1
Einlagen bei Kreditinstituten	15,6	1,2	18,6	1,5
Gesamt	1.256,1	100,0	1.227,5	100,0

Erholung an den Kapitalmärkten das Ergebnis sehr deutlich beeinflusst, sind solche Effekte im Berichtsjahr nicht vorgekommen. Nach einem Ergebnis von 61,8 Mio. € im Vorjahr wurde 2010 ein Ergebnis von 49,7 Mio. € erzielt. Zuschreibungen wurden in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr 19,5 Mio. €) vorgenommen, das Abschreibungsvolumen betrug 2,3 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €). Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen wurden in Höhe von 2,0 Mio. € (Vorjahr 6,9 Mio. €) realisiert. Ihnen standen im Berichtsjahr nur geringfügige Verluste gegenüber.

Die laufende Bruttoverzinsung betrug im Berichtsjahr 3,94 % (Vorjahr 3,64 %). Die laufende Durchschnittsverzinsung, die neben den laufenden Erträgen auch die laufenden Aufwendungen berücksichtigt, lag im Geschäftsjahr bei 3,73 % (Vorjahr 3,42 %). Die Marktwertrendite, die zusätzlich die Veränderung der Bewertungsreserven enthält, betrug 4,51 % (Vorjahr 6,58 %).

Jahresüberschuss

Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss mit einem Jahresüberschuss von 1,65 Mio. €, der in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt wurde.

Vermögenslage

Die Kapitalanlagen (ohne Depotforderungen) stiegen 2010 um 28,6 Mio. € oder 2,3 % auf 1.256,1 Mio. €. Die Bruttozugänge betragen 138,0 Mio. €, ihnen standen Abgänge von 107,1 Mio. € gegenüber. Der Bestand der sonstigen Ausleihungen ging um 7,4 Mio. € zurück, blieb aber mit einem Anteil von 61,1 % die volumenstärkste Anlageklasse. Die Investmentanteile stiegen durch Nettozugänge um 18,4 Mio. € auf 364,7 Mio. €. Zuschreibungen von insgesamt 0,3 Mio. € standen Abschreibungen von 2,3 Mio. € gegenüber.

Eigenkapital

Das – nicht eingezahlte – Stammkapital des Verbands betrug unverändert 13,0 Mio. €. Mit der Einstellung eines Betrags von 1,5 Mio. € aus der BilMoG-Umstellung und des Jahresüberschusses 2010 von 1,6 Mio. € erhöhten sich die Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2010 auf 64,0 Mio. €. Sie entsprechen somit einem Anteil von 20,4 % (Vorjahr 18,8 %) der Bruttobeiträge sowie 27,2 % (Vorjahr 23,2 %) der Nettobeiträge.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahrs waren keine hohen Marktwertschwankungen in unserem Anlagebestand zu beobachten. Das Anlageportfolio des Verbands unterliegt einer permanenten Analyse und Kontrolle. Seit 2008 bestehen Sicherungsmaßnahmen, um die aus der Finanzmarktkrise erwachsenden Risiken zu minimieren.

Darüber hinaus sind für uns keine Entwicklungen erkennbar, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Risikobericht

Risikomanagement: Strategische Rahmenbedingungen

Der Verband öffentlicher Versicherer hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern nach genossenschaftlichem Prinzip ohne Gewinnstreben einen Risikoausgleich in den Sparten Leben und HUK zur Verfügung zu stellen. Die daraus abgeleitete Risikostrategie dokumentiert die vom Vorstand vorgegebene und jährlich überprüfte Risikotoleranz. Unsere Risikostrategie definiert die im Rahmen der Geschäftstätigkeit akzeptierten Risiken. Grundlage hierfür sind die vorhandenen risikotragfähigen Mittel der Gesellschaft.

Unser Unternehmen nimmt aktiv am Prozess zur Entwicklung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Rahmen von Solvency II teil und beteiligt sich als Rückversicherer beispielsweise an den entsprechenden Studien zur Einführung, den Quantitative Impact Studies (QIS).

Risikomanagementprozess: Integraler Bestandteil des Geschäftsbetriebs

Risikoidentifikation und Risikomanagement-Organisation

Alle Risiken des Verbands öffentlicher Versicherer sind in einer Risikolandkarte kategorisiert. Sie orientiert sich an den Vorstandsressorts bzw. Managementstrukturen. Für jedes identifizierte Risiko ist die Risikoverantwortlichkeit eindeutig definiert. Jeder Risikokategorie ist ein Ressortvorstand oder der Gesamtvorstand verantwortlich zugeordnet.

Einmal jährlich werden in einem zentral durch den Chief Risk Officer gesteuerten Prozess alle Risiken systematisch aufgelistet. Als Ergebnis dieser Risikoinventur werden nach möglicher Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit diejenigen Risiken herausgefiltert, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben können. Die Inventur erfolgt im Rahmen von Risikoworkshops, die neben der strukturierten Diskussion auch ergebnisoffene Elemente zur Erkennung neuer Risiken enthalten. Die Workshops werden mit den benannten Risikoverantwortlichen und ggf. weiteren Fach- und Führungskräften pro identifiziertes Risiko bzw. Risikofeld durchgeführt.

Risikomessung und -bewertung

Kern unseres Risikomanagements ist die regelmäßige Analyse der Gesamtrisikosituation des Verbands öffentlicher Versicherer aus verschiedenen Risikoperspektiven. Diese sind

- Solvency II (QIS 5)
- Solvency I
- Rating
- HGB-Ergebnis

Die Hochrechnung der Risikokennzahlen bzw. die Analyse der Entwicklung der Risikosituation aus Sicht der verschiedenen Risikoperspektiven fassen wir einmal jährlich in einem Risikobericht zusammen. In Ergänzung zu den Risikokennzahlen auf Gesamtunternehmensebene werden die wesentlichen Risiken des Verbands öffentlicher Versicherer im Bereich Versicherungstechnik und Kapitalanlage durch zusätzliche Prozesse gesteuert. Kern der Risikosteuerung der Kapitalanlagen sind die monatlichen Sitzungen des Investment Committees mit der zugehörigen Berichterstattung. Für außerordentliche Entwicklungen im Bereich der Versicherungstechnik wird neben den aktuellen

Schadenmeldungen insbesondere die Entwicklung der Schadenreserven durch detaillierte Analysen kontrolliert und darüber Bericht erstattet. Wir tragen damit dem Schwerpunkt unseres Versicherungsgeschäfts im lang abwickelnden Haftpflicht- und Kfz-Haftpflichtbereich Rechnung.

Kapitalanlagestrategie

Im Rahmen eines jährlichen Prozesses wird die strategische Asset-Allokation festgelegt und ein Mindestertrag definiert. Das Controlling erfolgt laufend und wird in den Sitzungen des Investment Committees kommuniziert.

Risikoberichterstattung und Risikotransparenz

Risikobericht

Der Vorstand des Verbands öffentlicher Versicherer berichtet einmal jährlich an den Verwaltungsrat über die gesamte Risikosituation, aber auch über Exposures möglicher Einzelrisiken. In der aktuellen Version macht der Bericht unsere Risikosituation mittels der oben erwähnten Risikoperspektiven transparent. Der Risikobericht geht insbesondere auf die zeitliche Entwicklung der Risikokennzahlen und auf Treiber für Veränderungen bzw. Effekte von Maßnahmen zum Risikomanagement ein.

Risikoinformationssystem

Der Verband hat ein Risikoinformationssystem entwickelt. Es unterstützt den integrierten Risikomanagementprozess und fördert die Risikotransparenz und -kultur im Unternehmen.

Die Risikomanagementorganisation und die Ergebnisse der Risikoworkshops werden im Risikoinformationssystem dokumentiert. Pro identifiziertes Einzelrisiko sind die Zuordnung des Verantwortlichen, die risikospezifischen Ansätze zur Analyse und Steuerung der Risiken sowie Szenarien

mit Eintrittswahrscheinlichkeit mit deren Brutto- und Nettoauswirkung gespeichert. Über Risikomatrizen werden die Risiken in Bezug zum Gesamtunternehmensrisikokapital gesetzt, um das Potenzial zur Gefährdung der risikostrategischen Limits zu analysieren. Ergänzend werden fachbereichsspezifische Dokumentationen zu Risikoanalyse und -steuerung zentral eingebunden.

Daneben schafft das Risikoinformationssystem Transparenz im Unternehmen, da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zudem das Informationssystem nutzen können.

Risikokontrollfunktionen im Rahmen des Risikomanagementprozesses

Im Risikokontrollprozess des Verbands öffentlicher Versicherer spielen die folgenden Funktionen eine wesentliche Rolle:

Verwaltungsrat

Aufgabe des Verwaltungsrats ist die Überwachung des Vorstands hinsichtlich dessen Leitungsfunktion, der u. a. auch das Risikomanagement zuzuordnen ist. Die Entwicklung bzw. Veränderung der jährlich zu überarbeitenden Risikostrategie erhält der Verwaltungsrat regelmäßig zur Kenntnis.

Vorstand

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement nebst der Einrichtung eines Frühwarnsystems. Er legt die Risikostrategie in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat fest und überwacht laufend das Risikoprofil.

Chief Risk Officer/Risikokontrollfunktion

Die unabhängige Risikokontrollfunktion, die in der Abteilung Konzerncontrolling und integriertes Risikomanagement angesiedelt ist, trägt die Verantwortung für die Identifikation, Bewertung und Analyse der Risiken auf aggregierter Ebene. Die Abteilung ist zudem verantwortlich für die Entwicklung von Prozessen und Methoden zur Risikobewertung und -überwachung.

Investment Committee

Das Investment Committee (IC) stellt das Controlling der Kapitalanlagen sicher. Zum Investment Committee gehören: Vorstandsvorsitzender, Ressortvorstand Kapitalanlagen, Leiter Kapitalanlagen, Abteilungsleiter Kapitalanlagecontrolling, Abteilungsleiter Strategische Asset-Allokation, Chief Risk Officer (Leiter Konzerncontrolling und integriertes Risikomanagement) und Chief Financial Officer (Leiter Rechnungswesen). Wesentliche Aufgabe des IC ist die Überwachung des Kapitalanlagemanagements bzw. das Risikocontrolling der Markt- und Liquiditätsrisiken.

Compliance Officer

Das in der Abteilung Recht angesiedelte Compliance Office trägt die Verantwortung für die unternehmensweite Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Geschäftsbetrieb des Verbands öffentlicher Versicherer. Es ist damit zentraler Bestandteil des laufenden Risikomanagements. Rechtskonformität ist Grundlage für alle geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft.

Geschäftsbereiche

Die Geschäftsbereiche setzen die Vorgaben des konzeptionellen Risikomanagements um. Dabei steuern und überwachen sie ihre Bereichsrisiken im Rahmen ihrer laufenden Tätigkeiten.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen selbstständig, prozessunabhängig und risikoorientiert in den einzelnen Unternehmensbereichen die Strukturen und Geschäftsprozesse, die Einhaltung interner Richtlinien und rechtlicher Bestimmungen sowie die Ordnungsmäßigkeit der Abläufe. Der Verband öffentlicher Versicherer hat die Interne Revision ausgelagert. Die Interne Revision wird durch den Revisionsbeauftragten und dessen Stellvertreter überwacht.

Wesentliche Risiken

Grundsätzlich können Risiken in allen Bereichen, Funktionen und Prozessen auftreten. Wir strukturieren die Risiken in fünf verschiedene Risikokategorien:

1. Risiken in der Nicht-Leben-Rückversicherung
2. Risiken in der Lebensrückversicherung
3. Anlage- und Kreditrisiken
4. Operationale Risiken
5. Sonstige Risiken

1. Risiken in der Nicht-Leben-Rückversicherung

Das Prämien-/Schadenrisiko umfasst das Risiko, dass Kosten oder zu leistende Entschädigungen höher sein können, als bei der Kalkulation der Prämien unterstellt wurde.

Das Reserverisiko beschreibt das Risiko, dass die gebildeten Reserven gegebenenfalls nicht ausreichen, da eingetretene Schäden noch nicht bekannt oder bekannte Schäden nicht ausreichend reserviert sind. Außerordentliche Ereignisse bezüglich der Frequenz oder der Höhe von Schäden können zu nicht oder zu gering einkalkulierten Reserven führen.

Das Retrozessionsrisiko umfasst das Risiko, dass die Struktur des eingekauften Retrozessionsschutzes nicht effizient ist und das Unternehmen überdurchschnittlich belastet wird oder, dass der Retrozessionsschutz nicht ausreichend ist und im Falle eines Extremereignisses (Kumulschäden, Terrorereignisse u. a.) einen bestandsgefährdenden Anteil an Schadenforderungen nicht abdeckt.

2. Risiken in der Lebensrückversicherung

In der Lebensversicherung sind die biometrischen Risiken von besonderer Bedeutung. Neben eigenen Analysen und statistischen Auswertungen richten wir uns nach den Rechnungsgrundlagen unserer Zedenten sowie nach den Wahrscheinlichkeitstabellen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV). Die Überprüfung der derzeit verwendeten Sterbetafeln kann künftig zu zusätzlichem Rückstellungsbedarf führen. Nach unserer Einschätzung ist die Höhe der Rückstellungen derzeit ausreichend und angemessen und enthält auch künftig ausreichende Sicherheitsspannen.

Das Prämien-/Schadenrisiko stellt das Risiko dar, dass Kosten oder zu leistende Entschädigungen höher sein können, als es bei der Kalkulation der Prämien unterstellt worden war. Außerordentliche Ereignisse (Kumulschäden, Terrorereignisse u. a.) können zu nicht oder zu gering einkalkulierten Schadenzahlungen führen.

Unter dem Reserverisiko verstehen wir das Risiko, dass die gebildeten Reserven nicht ausreichen.

Für Terrorschäden wird ein angemessenes Risikomanagement betrieben. Bestandsgefährdende Extremereignisse sind aufgrund der hohen Diversifikation des Portfolios und der im Verhältnis kleinen Risikodeckungen praktisch ausgeschlossen. Zinsgarantierisiken und Stornorisiken spielen nur eine untergeordnete Rolle, da entsprechende Risiken im Rahmen der Geschäftsstrategie des Verbands öffentlicher Versicherer nicht gezeichnet werden.

Instrumente zur Risikolimitierung

Um die Risiken in der Lebensrückversicherung und der Nicht-Leben-Rückversicherung zu steuern, setzt der Verband öffentlicher Versicherer verschiedene Instrumente zur Risikolimitierung ein. Die wichtigsten sind:

Zeichnungsrichtlinien und -limits

Die Zeichnungsrichtlinien regeln detailliert, welcher Verantwortungsbereich welche Rückversicherungsverträge in welcher Größenordnung zeichnen darf. Die durchgängige Berücksichtigung des Vier-Augen-Prinzips ist in den Zeichnungsrichtlinien geregelt. Weiterhin werden Haftungshöchstgrenzen festgelegt und regelmäßig überwacht. Laufende Profitabilitätsmessungen sowie Kumulkontrollen sorgen zudem dafür, dass die Risiken beherrschbar bleiben.

Retrozession

Zentrales Instrument zur Risikobegrenzung ist die Retrozession. Das Unternehmen verfügt über einen angemessenen Retrozessionsschutz. Aufgrund der Analysen und des auf unsere individuellen Bedürfnisse abgestellten Retrozessionsprogramms wird sichergestellt, dass zum einen jederzeit eine ausreichende Deckung für Großschäden vorhanden ist und zum anderen die Kosten der Retrozession wirtschaftlich sind.

Prüfung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus eingegangenen Verpflichtungen werden regelmäßig mit aktuariell anerkannten Methoden überprüft und die Abwicklung wird laufend überwacht. Die Ergebnisse der Reserveanalysen werden in einem jährlichen Bericht zusammengefasst und dem Vorstand vorgestellt.

Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse

Das Ergebnis der systematischen Steuerung und Überwachung der versicherungstechnischen Risiken ist durch die Tabelle der Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse dokumentiert. In ihr sind die entsprechenden Quoten für eigene Rechnung des Verbands öffentlicher Versicherer über die letzten zehn Jahre dargestellt.

3. Anlage- und Kreditrisiken

Aus der Kapitalanlage und der Retrozession von Versicherungsgeschäften ergeben sich folgende Anlage- und Kreditrisiken:

Marktpreisrisiken: Sie können aus dem potenziellen Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen, insbesondere an den Aktien-, Immobilien- und Zinsmärkten, entstehen. Zinsänderungen betreffen dabei ökonomisch nicht nur Aktiva, sondern auch die Passiva der Bilanz. Aus dem Ungleichgewicht zwischen den Ablaufstrukturen von Aktiva und Passiva resultiert ein ökonomisches Risiko.

Kredit- und Bonitätsrisiken: Aufgrund von Veränderungen in der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Emittenten oder Vertragspartnern kann sich der Wert bestehender Forderungen vermindern. Neben den Kreditrisiken, die sich aus dem Kauf von Kapitalanlagen ergeben, spielen die Kreditrisiken aus der Retrozession für den Verband öffentlicher Versicherer eine wichtige Rolle.

Liquiditätsrisiken: Nicht zeitgerechte Liquiditätszu- und -abflüsse können nicht geplante Verkäufe von Kapitalanlagen erforderlich machen. Je nach Handelbarkeit der verschiedenen Kapitalanlagen kann dies zu unterschiedlich hohen Opportunitätskosten aufgrund von Preisabschlägen bzw. Verlusten führen.

Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse netto einschließlich Leben

Jahr	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Schadenquoten in % der verdienten Beiträge	63,3	73,9	63,3	65,9	65,6	56,2	67,6	59,9	74,5	65,8
Abwicklungsergebnisse in % der Eingangsschadenrückstellung	1,9	0,3	3,2	3,2	2,9	5,0	1,7	4,2	1,9	4,2

Währungsrisiken: Aufgrund von Inkongruenzen zwischen Kapitalanlagen und versicherungstechnischen Verpflichtungen bezüglich Währungen kann es bei Veränderungen von Währungskursen zu Verlusten kommen. Auch bei einer kongruenten Anlagestrategie können signifikante Risiken aufgrund von Fehleinschätzungen in Bezug auf die Höhe von Schadenrückstellungen bestehen.

Instrumente zur Steuerung und Überwachung der Investment- und Kreditrisiken

Unser Kapitalanlagemanagement erfolgt nach den Grundsätzen einer angemessenen Rentabilität in Verbindung mit einem hohen Maß an Sicherheit. Neben der notwendigen Risikosteuerung ist eine jederzeit ausreichende Liquidität der Investments aufrechtzuerhalten.

Diese Grundsätze werden durch ein laufend aktualisiertes Reporting überwacht und die Bestände regelmäßig bewertet. Unsere Portfoliomanager arbeiten nach Anlagerichtlinien, die regelmäßig überprüft und dem sich wandelnden Umfeld angepasst werden. Darüber hinaus werden die Funktionen Kapitalanlage und Zahlungsverkehr in voneinander getrennten organisatorischen Einheiten wahrgenommen.

Stresstests zur Bewertung von Marktrisiken

Für Rentenbestände und Aktien messen wir die Marktpreisrisiken mit Stresstests, in denen die Auswirkungen unerwarteter Marktschwankungen simuliert werden. Neben den durch die Aufsicht vorgegebenen Stresstests analysiert der Verband öffentlicher Versicherer historische Ereignisse und bildet deren Entwicklung auf sein aktuelles Anlageportefeuille ab.

Ratinguntergrenze zur Beschränkung von Kreditrisiken

Bei den festverzinslichen Anlagen wird eine Kreditbeurteilung der Emittenten/Emissionen – zum Beispiel anhand von Ratings anerkannter Ratingagenturen – vorgenommen. Grundsätzlich ist die Ratinguntergrenze für Neuinvestitionen der Direktanlage „BBB“. Als Beurteilungskriterien festverzinslicher Anlagen dienen, falls kein offizielles Rating vorliegt, auch die Zugehörigkeit zu Sicherungseinrichtungen des Kreditgewerbes wie dem Einlagensicherungsfonds oder die Absicherung einer Emission durch Sondervermögen, zum Beispiel bei Pfandbriefen.

Darüber hinaus erfolgt eine breite Streuung der Emittentenrisiken. Gleichzeitig beachten wir Obergrenzen pro Emittent, die wir unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigenkapitalausstattung laufend überwachen und anpassen.

Auswahl der Rückversicherer (Retrozessionäre)

Die Kreditrisiken aus der Retrozession ergeben sich aus Forderungen gegenüber Rückversicherern und Zedenten. Wir minimieren diese Risiken, indem wir die Rückversicherer unter Berücksichtigung ihrer aktuellen Ratings sowie weiterer Voraussetzungen auswählen. Im Wesentlichen beschränken wir uns auf die marktführenden Gesellschaften.

Liquiditätsplanung

Den Risiken durch nicht vorhersehbare Liquiditätserfordernisse begegnen wir durch eine ausgewogene Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen. Die zu erwartenden Liquiditätszu- und -abflüsse finden ihren Niederschlag in der laufenden Anlageplanung.

Anlagepolitik

Sinkende Zinssätze führen zu Marktwertsteigerungen der festverzinslichen Wertpapiere, steigende Zinssätze dagegen zu Marktwertverlusten. Durch den hohen Anteil festverzinslicher Wertpapiere im Portfolio ist der Verband öffentlicher Versicherer grundsätzlich diesem Risiko ausgesetzt. Eine an die Verbindlichkeiten angepasste Laufzeitsteuerung der Anlagen ermöglicht uns, die Papiere bis zur Fälligkeit zu halten und dadurch bilanzielle Verluste zu vermeiden.

Fremdwährungspositionen auf der Passivseite werden kongruent auf der Aktivseite angelegt. Aufgrund des geringen Volumens von Verpflichtungen in Fremdwährungen besteht nur ein minimales Risiko.

4. Operationale Risiken

Operationale Risiken sind Risiken in betrieblichen Systemen oder Prozessen, die durch menschliches Verhalten und technisches Versagen verursacht werden oder auf externe Einflussfaktoren zurückzuführen sind.

Compliancerisiken sind Risiken, die aus der Missachtung vertraglicher Vereinbarungen oder rechtlicher Rahmenbedingungen resultieren. Beim Verband öffentlicher Versicherer werden folgende operationale Risiken unterschieden:

- Risiken aus Betriebsablauf und IT-Sicherheit
- Risiken aus Personal und Arbeitssicherheit
- Risiken aus Compliance
- Risiken aus Prozessen und Modellen

Instrumente zur Steuerung operativer Risiken

Diese Risiken kontrollieren und steuern wir über ein internes Kontrollsystem und über eine Berichterstattung zu den operationalen Risiken, die Teil des Gesamtrisikoberichts ist. Die Interne Revision ergänzt durch unabhängige Untersuchungen die internen Risikoanalysen von Organisation und Prozessen.

IT-Sicherheitskonzepte und Notfallpläne

Die Sicherheit im DV-Bereich gewährleistet ein umfassendes Sicherheitskonzept. Moderne Hard- und Software unterstützt die Verfügbarkeit und Integrität aller Systeme und Programme. Regelmäßige Überprüfungen der Netzwerksicherheit, permanente Weiterentwicklungen des Sicherheitskonzepts sowie Notfallpläne sorgen für die ständige Verfügbarkeit und die Datensicherheit der eingesetzten Systeme.

Kartellrechts-Compliance-Richtlinie

Der Verband öffentlicher Versicherer hat eine Kartellrechts-Compliance-Richtlinie erlassen, die das Verhalten der Mitarbeiter bezüglich kartellrechtlich relevanter Themen definiert und das Verfahren in nicht eindeutigen oder schwierigen Fällen festlegt. Unsere Führungskräfte wurden entsprechend geschult.

Vollmachtenordnung

Die Vollmachten aller Mitarbeiter sind durch die Abteilungs- bzw. Bereichsleiter mit dem jeweils zuständigen Ressortvorstand festgelegt und kommuniziert worden. Die Abteilung Betriebsorganisation überwacht die Einhaltung der entsprechenden Vollmachten.

Verschiedene Reglemente steuern und begrenzen die operationalen Risiken in der Versicherungstechnik und Kapitalanlage. Sie geben sowohl die individuellen Vollmachten der Mitarbeiter vor als auch die Instrumente und deren Limitierungen.

5. Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken können durch inadäquate geschäftspolitische Entscheidungen entstehen und die langfristige Fortführung der Geschäftstätigkeit des Verbands öffentlicher Versicherer gefährden. Grundlegende geschäftspolitische Entscheidungen werden satzungsgemäß mit dem Verwaltungsrat abgestimmt.

Darüber hinaus werden wichtige strategische Themen mit den Mitgliedern der zweiten Führungsebene regelmäßig erörtert. Der Dialogkreis dient dabei als übergreifendes Element zur Risikofrüherkennung und -steuerung.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko der Verschlechterung des Ansehens des Unternehmens bei Kunden, in der Öffentlichkeit, bei Eigentümern oder anderen Beteiligten wie Aufsichtsbehörden.

Instrumente zur Steuerung der sonstigen Risiken

Zur Steuerung des Reputationsrisikos werden sämtliche Kontakte zu Medien zentral über die Abteilung Kommunikation und Presse gesteuert, die in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Vorstands agiert. Darüber hinaus führen wir eine tägliche Medienbeobachtung inklusive der sogenannten Social Media durch, um ggf. reputationsgefährdende Berichterstattung zu identifizieren und Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Zudem sind Kommunikationsregeln im Alltag und in Krisensituationen erarbeitet und in einer Organisationsregel verbindlich verankert worden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die oben stehenden Ausführungen beschreiben ein eng verzahntes System von Steuerungsmaßnahmen, das der Verband öffentlicher Versicherer zum Management seiner Risiken entwickelt hat. Diese haben potenziell einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Gleichwohl sind zu Zwecken einer Gesamtbetrachtung immer auch die sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Chancen zu berücksichtigen, die den Risiken gegenüberstehen. Unser Risikomanagementsystem gewährleistet eine effiziente und effektive Steuerung der Risiken unserer Gesellschaft. Auf Basis der aktuellen Erkenntnisse sehen wir keine Risiken, die den Fortbestand des Verbands öffentlicher Versicherer gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen können.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2011

Im laufenden Geschäftsjahr gehen wir für die Beitragsentwicklung im Nicht-Leben-Geschäft von einem nahezu unveränderten verdienten Nettobeitrag gegenüber 2010 aus.

In der Lebensrückversicherung erwarten wir, dass die Beiträge um ca. 2,0 % sinken werden.

Entscheidend für das versicherungstechnische Ergebnis des Verbands wird auch für das Jahr 2011 die Abwicklungssituation sein, die im Wesentlichen von der Dotierung der Vorjahres-Schadenrückstellungen durch die Kunden bestimmt wird.

Da die Sollbeträge in den HUK-Sparten weiter sinken werden, ist erneut mit einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung zu rechnen.

Durch das gestiegene Zinsniveau sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Bewertungsreserven auf Nominalanlagen abgeschmolzen und in eine Last umgekehrt. Insgesamt sind die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen dadurch zurückgegangen. Zum Jahresende erwarten wir eine leichte Erhöhung der Reserve. Die laufenden Kapitalerträge werden voraussichtlich unterhalb der Vorjahreseerträge liegen. Zu- oder Abschreibungen in größerem Umfang sind nach heutigem Kenntnisstand nicht erkennbar.

Für das Geschäftsjahr 2011 erwarten wir wieder ein positives Ergebnis, das erneut die Chance einer weiteren Substanzstärkung bietet und darüber hinaus unseren Zedenten in Form zusätzlicher Rückgaben zugute kommen wird.

Dank

Den Vorständen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Mitgliedsunternehmen danken wir für die vertrauensvolle und harmonische Zusammenarbeit. Danken möchten wir auch allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr ständiger und engagierter Einsatz ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des Verbands. Wir danken auch den Vertretern der Arbeitnehmer für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite				
in €	2010		2009	
A. Ausstehende Einlagen auf das Stammkapital				
davon eingefordert: 0 € (Vorjahr 0 €)		0		13.000.000
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		651.921		710.817
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		9.591.530		10.397.653
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		13.703.440		11.303.440
2. Beteiligungen		48.434.860		44.135.315
		62.138.300		55.438.755
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		364.744.241		346.258.042
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		34.482.871		19.988.743
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		2.723.057		2.444.166
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen		303.150.000		289.620.764
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen		459.339.110		479.619.491
c) Übrige Ausleihungen		4.393.771		5.062.800
		766.882.881		774.303.055
5. Einlagen bei Kreditinstituten		15.550.000		18.641.489
		1.184.383.050		1.161.635.495
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		90.180.951	1.346.293.831	89.341.641
				1.316.813.545
D. Forderungen				
I. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		47.756.383		34.417.788
II. Sonstige Forderungen		38.711.985	86.468.368	51.408.107
davon an verbundene Unternehmen: 165.922 € (Vorjahr 128.484 €)				
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 163.324 € (Vorjahr 17.740.770 €)				
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		5.650.646		7.332.246
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		611.882	6.262.528	415.461
				7.747.707
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		14.874.169		13.787.754
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.978.809	16.852.978	2.320.061
				16.107.815
Summe der Aktiva		1.456.529.626		1.440.205.779

Passivseite				
in €	2010		2009	
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	0		13.000.000	
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklagen	61.155.993		59.506.250	
2. Andere Gewinnrücklagen	2.873.477		1.375.796	
	64.029.470		60.882.046	
III. Bilanzgewinn	0	64.029.470	0	73.882.046
B. Sonderposten mit Rücklageanteil		6.473.685		6.473.685
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	32.149.425		20.790.143	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	23.594.147		11.164.922	
	8.555.278		9.625.221	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.295.969.519		1.275.430.221	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	167.379.395		171.673.193	
	1.128.590.124		1.103.757.028	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	864.986		672.922	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	17.535		9.404	
	847.451		663.518	
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	122.266.964		133.940.362	
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	5.715.483		52.885	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	303.304		969	
	5.412.179	1.265.671.996	51.916	1.248.038.045
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	16.763.311		15.756.450	
II. Steuerrückstellungen	1.078.245		12.459.386	
III. Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB	0		1.361.400	
IV. Sonstige Rückstellungen	1.995.948	19.837.504	2.481.156	32.058.392
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		39.231.185		36.613.609
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	57.409.012		20.798.769	
davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 84.978 € (Vorjahr 39.721 €)				
II. Sonstige Verbindlichkeiten	2.286.907	59.695.919	21.077.143	41.875.912
davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 40.065 € (Vorjahr 17.739.644 €)				
davon aus Steuern: 671.310 € (Vorjahr 502.863 €)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 9.592 € (Vorjahr 9.105 €)				
G. Rechnungsabgrenzungsposten		1.589.867		1.264.090
Summe der Passiva		1.456.529.626		1.440.205.779

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Posten	2010		2009	
in €				
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	313.894.343		323.778.249	
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	78.094.068		61.306.047	
	235.800.275		262.472.202	
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-11.359.282		-10.923.027	
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	12.429.225		9.635.974	
	1.069.943	236.870.218	-1.287.053	261.185.149
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung		2.603.876		2.025.372
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	136.422.885		149.560.827	
bb) Anteil der Rückversicherer	11.248.999		9.918.014	
	125.173.886		139.642.813	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	20.539.298		57.184.349	
bb) Anteil der Rückversicherer	-4.293.799		3.935.167	
	24.833.097	150.006.983	53.249.182	192.891.995
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellungen	0		0	
b) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen	-5.360.263	-5.360.263	-5.809	-5.809
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		1.708.208		1.772.385
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	174.336.579		153.186.983	
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	36.539.114	137.797.465	26.461.166	126.725.817
7. Zwischensumme		-55.398.825		-58.185.485
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		11.673.398		8.133.894
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		-43.725.427		-50.051.591

Posten				
in €	2010		2009	
Übertrag				
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		-43.725.427		-50.051.591
II. Nicht versicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 11.504 € (Vorjahr 11.504 €)	6.615.421		1.832.864	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.423.932		4.005.621	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	43.108.819		42.057.805	
c) Erträge aus Zuschreibungen	304.956		19.479.146	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.991.798	54.444.926	6.879.917	74.255.353
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	2.370.078		2.580.217	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2.329.762		1.691.321	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	29.320		1.672.500	
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	0	4.729.160	6.473.685	12.417.723
3. Technischer Zinsertrag		3.861.661		3.699.542
		45.854.105		58.138.088
4. Sonstige Erträge	19.124.265		12.873.252	
5. Sonstige Aufwendungen	20.043.814	-919.549	14.114.783	-1.241.531
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.209.129		6.844.966
7. Außerordentliche Aufwendungen		373.246		0
8. Außerordentliches Ergebnis		-373.246		0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-894.409		5.281.517	
10. Sonstige Steuern	80.549	-813.860	100.465	5.381.982
11. Jahresüberschuss		1.649.743		1.462.984
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen	1.649.743		1.462.984	
b) in andere Gewinnrücklagen	0	1.649.743	0	1.462.984
13. Bilanzgewinn		0		0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundlagen der Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden unter Anwendung des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung für die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) und des Aktiengesetzes (AktG) erstellt.

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 29. Mai 2009 wurde für das Geschäftsjahr 2010 erstmals angewendet.

Auf die Posten des Jahresabschlusses, deren bisherige Darstellung oder Bewertungsmethode sich aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG geändert haben, sind § 252 Abs. 1 Nr. 6, § 265 Abs. 1 und § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB nicht anzuwenden. Auf die Anpassung der Vorjahreswerte wurde gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB verzichtet.

Ausstehende Einlagen

Die nicht eingeforderten Ausstehenden Einlagen wurden gemäß § 272 Abs. 1 HGB zum 1. Januar 2010 offen vom Gezeichneten Kapital auf die Passivseite abgesetzt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die Abschreibung erfolgt linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Kapitalanlagen

Die Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der zulässigen linearen und gegebenenfalls außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB bewertet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten bzw. mit dem niedrigeren Wert, der am Abschlussstichtag beizulegen ist, bilanziert. Dazu werden die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligungsunternehmen analysiert und bei der Bewertung – soweit vorhanden – Planungen für die folgenden Geschäftsjahre berücksichtigt. Abschreibungen werden aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots, bewertet.

Die Investmentanteile werden hauptsächlich im Anlagevermögen gehalten. Sie sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen bewertet. Abschreibungen werden aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots vorgenommen.

Ein Immobilienfonds ist dem Umlaufvermögen zugeordnet. Hierfür erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots.

Bei den Hypotheken- und Grundschuldforderungen handelt es sich fast ausschließlich um grundschuldmäßig gesicherte Darlehen an Betriebsangehörige, die zum Nennwert, abzüglich geleisteter Tilgungen, bilanziert sind.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Übrige Ausleihungen sind grundsätzlich mit den Nennwerten bzw. den Rückzahlungsbeträgen bilanziert, wobei Agio- und Disagioträge durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt werden.

Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft sind mit den Nominalbeträgen ausgewiesen.

Forderungen

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft, Sonstige Forderungen sowie Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand werden mit den Nominalbeträgen abzüglich ausreichender Wertberichtigungen angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und Vorräte werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 150 € bis 1.000 €, die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 angeschafft und in einem Sammelposten aktiviert wurden, werden planmäßig über 5 Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 150 € und 410 €, die im Geschäftsjahr 2010 angeschafft wurden, werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Aktive latente Steuern

Für temporäre Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden die entsprechenden Steuerbelastungen und Steuerentlastungen ermittelt. Insgesamt ergibt sich nach Saldierung ein Überhang an aktiven latenten Steuern, der sich in erster Linie aus der Bewertung der Schadenrückstellung, thesaurierten Fondserträgen und der Pensionsrückstellung ergibt. Steuerliche Verlustvorträge waren nicht zu berücksichtigen. Für die Berechnung der latenten Steuern wurde im Berichtsjahr ein Durchschnittssteuersatz von 31,225 % angewendet.

In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB hat der Verband auf den Ansatz der aktiven latenten Steuern in der Bilanz verzichtet.

Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für passive latente Steuern in Höhe von 1.361.400,00 € wurde zum 1. Januar 2010 erfolgsneutral über die Gewinnrücklage aufgelöst.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene und das in Rückdeckung gegebene Geschäft in der HUK-Versicherung, der Luftfahrtversicherung sowie in den sonstigen Versicherungszweigen wurden aufgrund der Angaben der Vorversicherer unter Beachtung der Rückversicherungsverträge und aufsichtsbehördlicher Vorschriften errechnet. Da in der Lebensversicherung die Abrechnung auf der Basis der verdienten Beiträge erfolgt, wurden hier keine Beitragsüberträge bilanziert.

Sowohl für das übernommene wie für das abgegebene Geschäft basiert die Höhe der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, die sich aus der Rückstellung für Entschädigungen und der Rentendeckungsrückstellung zusammensetzt, grundsätzlich auf den Angaben der Zedenten. Ausgehend von Erfahrungswerten wurden die Rückstellungsbeträge für Haftpflicht- und Unfall-Schadenexzedenten dem zu erwartenden Schadenverlauf angepasst und entsprechend erhöht.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer anhand der bestehenden Verträge ermittelt.

Die Schwankungsrückstellung und die ähnlichen Rückstellungen (Rückstellungen für Atomanlagen und für die Produkthaftpflichtversicherung von Pharmarisiken)

wurden nach §29 beziehungsweise §30 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet.

Bei den Sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurde erstmalig eine Rückstellung für Gewinnanteile gebildet, die in den nächsten Jahren zur Auszahlung kommt.

Pensionsrückstellung

Die Berechnung der Pensionsrückstellung wurde zum 1. Januar 2010 an die geltenden Vorschriften nach BilMoG angepasst. Insgesamt ergab sich eine Erhöhung der Pensionsrückstellung in Höhe von 145,2 Tsd. €, die in voller Höhe zugeführt wurde. Auf eine Verteilung der Zuführung in Teilbeträgen bis zum 31. Dezember 2024 gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde verzichtet.

Die Rückstellung für arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method) unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze bewertet. Die jährliche Steigerungsrate wird für Gehälter mit 2,75 % und für Renten mit 1,90 % berücksichtigt. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden den Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen. Für die Abzinsung der Rückstellungen wird das Wahlrecht nach §253 Abs. 2 Satz 2 HGB in Anspruch genommen und pauschal der durchschnittliche Marktzins von 5,2 % verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zum Bilanzstichtag ergibt.

Den arbeitnehmerfinanzierten Pensionszusagen durch Gehaltsverzicht liegen Einzelzusagen zugrunde. Bei den Pensionszusagen auf Kapitalbasis handelt es sich um eine wertpapiergebundene Versorgungszusage, bei der die versicherten Personen ein uneingeschränkt unwiderrufliches Bezugsrecht für die Leistungen im Erlebensfall einschließlich der zugewiesenen Überschussanteile haben. Das aktuelle Deckungskapital der zugehörigen kongruenten Rückdeckungsversicherung stellt Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 HGB dar und wurde zum 1. Januar 2010 mit den Pensionsverpflichtungen in Höhe von 133,4 Tsd. € saldiert.

Sonstige Rückstellungen

Die Berechnung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen und Jubiläumsaufwendungen wurde zum 1. Januar 2010 an die geltenden Vorschriften nach BilMoG angepasst. Bei der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen ergab sich ein Auflösungsbetrag, der in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde. Für die Rückstellung für Jubiläumsaufwendungen ergab sich ein Erhebungsbedarf, der im außerordentlichen Aufwand verbucht wurde. Die Berechnung beider Rückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 5,2 % und einer angenommenen jährlichen Gehaltsentwicklung von 2,75 %. Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Wertansatz der anderen Rückstellungen orientiert sich am nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag (inklusive zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen). Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit am Bilanzstichtag entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die für die Bewertung von Rückstellungen anzuwendenden Abzinsungszinssätze werden nach Maßgabe der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) von der Deutschen Bundesbank ermittelt und der monatlichen Veröffentlichung auf deren Internetseite www.bundesbank.de entnommen. Die im Geschäftsjahr gebildeten Rückstellungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Verbindlichkeiten

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden mit den Beträgen bilanziert, die sich aus den Abrechnungen der Rückversicherer ergeben. Die Sonstigen Verbindlichkeiten sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen passiviert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde zum Nominalwert angesetzt.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten B, C I. bis III. im Geschäftsjahr 2010

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr
in Tsd. €	
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	711
C. Kapitalanlagen	
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.398
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	11.303
2. Beteiligungen	44.136
3. Summe C II.	55.439
C III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	346.258
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.989
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.444
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	289.621
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	479.619
c) Übrige Ausleihungen	5.063
5. Einlagen bei Kreditinstituten	18.641
6. Summe C III.	1.161.635
Summe C	1.227.472
Gesamt	1.228.183

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um entgeltlich erworbene Software.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen (ohne Depotforderungen) betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2010 insgesamt 1.324,6 Mio. €. Die Buchwerte hierzu betragen 1.256,1 Mio. €. Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewendet.

Die Bewertung der Grundstücke erfolgte anhand von Verkehrswertgutachten aus dem Jahr 2009.

Mit Ausnahme der Hansapark Verwaltungs GmbH & Co. KG und der Hansapark 2 GmbH & Co. KG, deren Zeitwerte auf einem aktuellen Wertgutachten basierten, wurden die Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren, dem Net Asset Value oder den nach der Equity-Methode bestimmten anteiligen Eigenkapitalwerten ermittelt. Bei der Bewertung wurde der Unternehmensbewertungsstandard IDWS1 in Verbindung mit IDW RS HFA10 berücksichtigt.

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
315	0	0	374	652
0	421	0	385	9.592
2.400	0	0	0	13.703
7.145	2.907	249	188	48.435
9.545	2.907	249	188	62.138
18.705	0	0	219	364.744
24.190	9.253	55	498	34.483
532	253	0	0	2.723
35.205	21.676	0	0	303.150
49.552	69.461	0	371	459.339
0	0	0	669	4.394
0	3.091	0	0	15.550
128.184	103.734	55	1.757	1.184.383
137.729	107.062	304	2.330	1.256.113
138.044	107.062	304	2.704	1.256.765

Die übrigen Kapitalanlagen (Aktien und Investmentanteile sowie festverzinsliche Wertpapiere) sind entsprechend § 56 RechVersV bewertet worden. Als Zeitwerte wurden hier die Börsenkurswerte beziehungsweise Rücknahmepreise zum Abschlusstichtag angesetzt.

Hypothekenforderungen wurden zu Buchwerten angesetzt.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

in €	Bilanzwerte 31.12.2010	Zeitwerte 31.12.2010	Bewertungsreserve 31.12.2010
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.591.530	24.083.838	14.492.308
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.703.440	13.703.440	0
2. Beteiligungen	48.434.860	54.259.140	5.824.280
Summe II.	62.138.300	67.962.580	5.824.280
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	364.744.241	398.448.947	33.704.706
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34.482.870	34.958.950	476.080
3. Hypothekenforderungen	2.723.057	2.723.057	0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	303.150.000	308.151.210	5.001.210
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	459.339.110	468.530.033	9.190.923
c) Übrige Ausleihungen	4.393.771	4.199.167	-194.604
5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.550.000	15.550.000	0
Summe III.	1.184.383.049	1.232.561.364	48.178.315
Gesamt	1.256.112.879	1.324.607.782	68.494.903

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Im Geschäftsjahr wurde ein Wohnhaus in Frankfurt verkauft. Es ergab sich ein Gewinn aus dem Abgang in Höhe von 1,7 Mio. €.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufgrund der Bewertungen ergaben sich bei zwei Beteiligungen stille Lasten in Höhe von 187,4 Tsd. €, die zum 31. Dezember 2010 in voller Höhe abgeschrieben wurden.

Der Beteiligungswert einer Gesellschaft hat sich wieder erholt. Die im Vorjahr vorgenommene Abschreibung in Höhe von 249,3 Tsd. € wurde im Berichtsjahr wieder zugeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (Angaben gemäß §285 Nr. 11 HGB)

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteile am Kapital		Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
	%	Tsd. €		
Verbundene Unternehmen				
ÖBAV Servicegesellschaft für betriebliche Altersversorgung öffentlicher Versicherer mbH, Düsseldorf	100,00	127,8	623,5	104,5
OEV Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf (Die Aufstellung eines Konzernabschlusses entfällt im Hinblick auf §296 II HGB)	100,00	25,0	13.475,1	0,2
Beteiligungen				
Hansapark Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	50,00	12,8	77,8	10,3
Hansapark Verwaltungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf	50,00	2.045,2	10.396,3	13.021,2
Hansapark 2 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	50,00	10.981,0	21.963,5	0,0
OEV Equity Trust GmbH, Düsseldorf	50,00	12,5	149,8	17,3

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Berichtsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 717 Tsd. € erforderlich. Bei den Inhaberschuldverschreibungen waren geringfügige Zuschreibungen in Höhe von 55,7 Tsd. € vorzunehmen.

Die Gesellschaft hält am 31. Dezember 2010 an einem inländischen Investmentfonds Anteile von mehr als 10% gemäß §314 Satz 1 Nr. 18 HGB.

in €	Börsenwert	Buchwert	Stille Reserve	2010 erhaltene Ausschüttung
Gemischter Fonds	373.240.434	339.716.921	33.523.513	3.010.886

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd. €	2010	2009
Auf Folgejahre entfallende Agiobeträge	1.490	1.938
Vorausgezahlte Betriebsaufwendungen	489	382
Gesamt	1.979	2.320

Passiva

Eigenkapital

Das nicht eingezahlte Stammkapital des Verbands beträgt 13.000 Tsd. €. Gemäß § 7 Abs. 3 der Verbandssatzung kann bei Bedarf das Stammkapital auf Beschluss der Mitgliederversammlung ganz oder teilweise eingefordert werden. Bislang wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

Zum 1. Januar 2010 wurde das nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Stammkapital offen vom Stammkapital abgesetzt. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Gezeichnetes Kapital von 0,00 €.

Durch die Anpassung einiger Bilanzposten an die geltenden Vorschriften nach BilMoG erfolgte zum 1. Januar 2010 eine erfolgsneutrale Einstellung in Höhe von 1.498 Tsd. € direkt in die anderen Gewinnrücklagen.

Dies betrifft die Auflösung der passiven latenten Steuern (1.362 Tsd. €) und die Rückstellung für Altersteilzeit (136 Tsd. €).

Den satzungsmäßigen Rücklagen wurde der Jahresüberschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres in Höhe von 1.650 Tsd. € zugeführt.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Im Vorjahr wurde der Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 6.474 Tsd. € gemäß § 6b EStG gebildet. Mit der Einführung des BilMoG wurde die umgekehrte Maßgeblichkeit aufgehoben. Wir haben von dem Wahlrecht der Beibehaltung des Sonderpostens gem. Art. 67 Abs. 3 S. 1 EGHGB Gebrauch gemacht.

Pensionsrückstellung

Durch die BilMoG-Umstellung hat sich die Pensionsrückstellung nur leicht verändert, da wir in Vorjahren die Pensionsrückstellung in Anlehnung an den Standard IAS 19 berechnet haben. Zum 1. Januar 2010 ergab sich ein Unterschiedsbetrag von 145,2 Tsd. €, der in voller Höhe im außerordentlichen Aufwand gebucht wurde. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Pensionsrückstellung 16.763,3 Tsd. € und liegt damit um 4.558,9 Tsd. € höher als der steuerlich zulässige Wert.

Sonstige Rückstellungen

in Tsd. €	2010	2009
a) Rückstellung für Jahresabschlussaufwendungen	341	306
b) Rückstellungen aus dem Personalbereich	1.462	1.282
c) Rückstellung für steuerliche Nebenleistungen	11	754
d) Rückstellungen für sonstige Verwaltungskosten	182	139
Gesamt	1.996	2.481

Die Berechnung der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen und Jubiläumsaufwendungen wurde zum 1. Januar 2010 entsprechend den geltenden Vorschriften nach BilMoG umgestellt. Für die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen ergab sich eine Verminderung in Höhe von 136,3 Tsd. €, die direkt in die Gewinnrücklagen eingestellt wurde. Die Rückstellung für Jubiläumsaufwendungen erhöhte sich um 175,8 Tsd. €. Der Betrag wurde in voller Höhe im außerordentlichen Aufwand gebucht.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Hierin sind Disagjobeträge aus Kapitalanlagen von 1.524,4 Tsd. € enthalten.

Haftungsverhältnisse

Durch eine am 23. April 1965 abgegebene Erklärung hat sich der Verband verpflichtet, etwaige bei der Liquidation der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsan-

stalten i. L. Ostpreußen, Posen, Schlesien und Westpreußen auftretende Verwaltungskostenfehlbeträge unter bestimmten Voraussetzungen zu übernehmen, falls die bei diesen Anstalten hierfür vorgesehenen Beträge zur Deckung nicht ausreichen sollten. Eine Inanspruchnahme ist bisher nicht erfolgt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus dem Kapitalanlagebereich bestanden zum Bilanzstichtag fünf Abnahmeverpflichtungen in Höhe von je 5 Mio. € aus Multitranchendarlehen. Davon ist eine Abnahmeverpflichtung im März 2011 verfallen. Andere aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. €	2010	2009
Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft	241.907	252.189
Lebensversicherungsgeschäft	71.987	71.589
Gesamt	313.894	323.778

Technischer Zinsertrag

Der technische Zinsertrag besteht aus 3,5 % Zinszuführungen zur Renten-Deckungsrückstellung, die gemäß § 38 RechVersV übertragen wurden. Die Rückversichereranteile wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergab sich brutto ein Gewinn von 10,04 % der verdienten Bruttobeiträge; für eigene Rechnung ist ein Abwicklungsgewinn in Höhe von 8,89 % der verdienten Nettobeiträge zu verzeichnen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

in Tsd. €	2010	2009
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	7.795	8.033
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.176	1.155
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.386	888
Gesamt	10.357	10.076

Außerordentliche Aufwendungen

Bedingt durch die Anwendung der geltenden BilMoG-Vorschriften ergaben sich zum 1. Januar 2010 Bewertungsunterschiede bei einigen Bilanzposten, die in Höhe von 373,2 Tsd. € im Außerordentlichen Aufwand erfasst worden sind. Im

Einzelnen handelt es sich um die Anpassung der Pensionsrückstellung in Höhe von 145,2 Tsd. €, der Rückstellung für Jubiläumsaufwendungen in Höhe von 175,8 Tsd. € und die Erhöhung der arbeitnehmerfinanzierten Rückstellung aus Gehaltsverzicht in Höhe von 52,2 Tsd. €.

Sonstige Angaben

Im Jahresdurchschnitt 2010 beschäftigte das Unternehmen – bezogen auf eine Vollzeitbeschäftigung – 106 Mitarbeiter.

Die anteilig verrechneten Bezüge des Vorstands betragen 578.474 €.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats erhielt eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 3.651 €. Daneben wurden ihm und den übrigen Mitgliedern des Verwaltungsrats lediglich die entstandenen Reisekosten vergütet.

Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten Pensionszahlungen von 504.873 €; für diesen Personenkreis hat der Verband Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 5.569.478 € bilanziert.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Vorstands sind auf Seite 5 aufgeführt.

Für den Abschlussprüfer wurden für das Geschäftsjahr 2010 Honorare in Höhe von 125.000 € für die Jahresabschlussprüfung und die Prüfung des Risikomanagement-Systems zurückgestellt.

Düsseldorf, 27. Mai 2011

Verband öffentlicher Versicherer
Der Vorstand



Dr. Junke



Schaar



Dr. Hertel



Rohde

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht vom Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Verbands. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Verbands

sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 8. Juni 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Dahl, *Wirtschaftsprüfer*
Fleischerowitz, *Wirtschaftsprüfer*

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung pflichtgemäß überwacht und sich zu diesem Zweck regelmäßig in den Verwaltungsratssitzungen, durch regelmäßige Quartalsberichte und auch bei anderen Gelegenheiten über die Entwicklung und über die finanzielle Lage des Verbands sowie über besondere Vorfälle informiert. Dies schloss die Risikolage und das Risikomanagement ein.

In den insgesamt drei Sitzungen (zuzüglich einer außerordentlichen Sitzung zur Bestellung eines Vorstandsmitglieds) hat der Verwaltungsrat entsprechend seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt. Unter anderem hat er eine Arbeitsgruppe zum Thema Solvency II einberufen mit dem Ziel, eine gemeinsame Position der öffentlichen Versicherer zu wesentlichen Themenstellungen hierzu herbeizuführen. Es wurden keine Beschlüsse im schriftlichen Verfahren herbeigeführt.

Der Jahresabschluss 2010 ist von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden und hat zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben. Dementsprechend ist der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden. Die ferner durch Beauftragte des Verwaltungsrats nach § 7 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats vorgenommene Prüfung ergab ebenfalls keine Beanstandungen.

Die Abschlussprüfer haben an der Bilanzsitzung des Verwaltungsrats teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung berichtet.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss geprüft und keine Bemerkungen zum Bericht der Wirtschaftsprüfer. Er empfiehlt der Mitgliederversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und die Entlastung des Vorstands.

Düsseldorf, 30. Juni 2011

Der Verwaltungsrat



Schubring-Giese
Vorsitzender

Die Gruppe der öffentlichen Versicherer



Die Gruppe der öffentlichen Versicherer

Tätigkeitsgebiete der öffentlichen Versicherer

	Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel Provinzial NordWest Lebensversicherung AG, Kiel Hamburger Feuerkasse Versicherungs-AG, Hamburg		SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
	Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich		Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden
	VGH Versicherungen Landschaftliche Brandkasse Hannover Provinzial Lebensversicherung Hannover Provinzial Krankenversicherung Hannover AG Provinzial Pensionskasse Hannover AG		SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken
	Öffentliche Versicherungen Oldenburg Oldenburgische Landesbrandkasse Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg		Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe, Mannheim Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
	ÖVB Öffentliche Versicherung Bremen Landschaftliche Brandkasse Hannover Provinzial Lebensversicherung Hannover Provinzial Krankenversicherung Hannover AG		Versicherungskammer Bayern Konzern, München Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft, München Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, München Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München
	Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig Öffentliche Sachversicherung Braunschweig		
	Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin, Potsdam		
	ÖSA Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt ÖSA Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg		
	Provinzial NordWest Holding AG, Münster Westfälische Provinzial Versicherung AG, Münster Provinzial NordWest Lebensversicherung AG, Münster		
	Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold Lippische Pensionsfonds AG		
	Provinzial Rheinland Holding, Anstalt des öffentlichen Rechts, Düsseldorf Provinzial Rheinland Versicherung AG, Düsseldorf Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG, Düsseldorf s Direkt Versicherung AG, Düsseldorf		

**Mitgliedsunternehmen
des Verbands öffentlicher
Versicherer**

*Badische Allgemeine Versicherung
Aktiengesellschaft*
Durlacher Allee 56, 76131 Karlsruhe

*Badischer Gemeinde-Versicherungs-
Verband*
Durlacher Allee 56, 76131 Karlsruhe

*Feuersozietät Berlin Brandenburg
Aktiengesellschaft*
Am Karlsbad 4–5, 10785 Berlin

*Öffentliche Lebensversicherung
Berlin Brandenburg AG*
Voltaireweg 12, 14469 Potsdam
Am Karlsbad 4–5, 10785 Berlin

*Lippische Landes-
Brandversicherungsanstalt*
Simon-August-Str. 2, 32756 Detmold

*Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig*
Theodor-Heuss-Str. 10,
38122 Braunschweig

*Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig*
Theodor-Heuss-Str. 10,
38122 Braunschweig

Oldenburgische Landesbrandkasse
Staugraben 11, 26122 Oldenburg

*Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Oldenburg*
Staugraben 11, 26122 Oldenburg

*ÖSA Öffentliche Feuerversicherung
Sachsen-Anhalt*
Am Alten Theater 7, 39104 Magdeburg

*ÖSA Öffentliche Lebensversicherung
Sachsen-Anhalt*
Am Alten Theater 7, 39104 Magdeburg

ÖVB Öffentliche Versicherung Bremen
Martinistr. 30, 28195 Bremen

Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse
Osterstr. 14–20, 26603 Aurich

Provinzial NordWest Holding AG
Provinzial-Allee 1, 48159 Münster

*Westfälische Provinzial Versicherung
Aktiengesellschaft,
Versicherung der Sparkassen*
Provinzial-Allee 1, 48159 Münster

Provinzial Nord Brandkasse AG
Sophienblatt 33, 24114 Kiel

*Provinzial NordWest Lebensversicherung
Aktiengesellschaft*
Sophienblatt 33, 24114 Kiel

*Provinzial Rheinland Holding
Ein Unternehmen der Sparkassen*
Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

*Provinzial Rheinland Versicherung AG
Die Versicherung der Sparkassen*
Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

**Provinzial Rheinland
Lebensversicherung AG
Die Versicherung der Sparkassen**
Provinzialplatz 1, 40591 Düsseldorf

Sparkassen direkt Versicherung AG
Kölner Landstr. 33, 40591 Düsseldorf

SAARLAND Feuerversicherung AG
Mainzer Str. 32–34, 66111 Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG
Mainzer Str. 32–34, 66111 Saarbrücken

**Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG**
An der Flutrinne 12, 01139 Dresden

**Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG**
An der Flutrinne 12, 01139 Dresden

SV SparkassenVersicherung Holding AG
Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

**SV SparkassenVersicherung
Gebäudeversicherung AG**
(Zweigniederlassungen in Erfurt,
Karlsruhe, Kassel, Mannheim, Wiesbaden)
Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

**SV SparkassenVersicherung
Lebensversicherung AG**
(Zweigniederlassungen in Erfurt,
Karlsruhe, Kassel, Mannheim, Wiesbaden)
Löwentorstr. 65, 70376 Stuttgart

**Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts**
Maximilianstr. 53, 80530 München

**Bayern-Versicherung, Lebensversicherung
Aktiengesellschaft**
Maximilianstr. 53, 80530 München

**Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft**
Maximilianstr. 53, 80530 München

**Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft**
Maximilianstr. 53, 80530 München

**VGH Versicherungen
Landschaftliche Brandkasse Hannover**
Schiffgraben 4, 30159 Hannover

**VGH Versicherungen
Provinzial Lebensversicherung Hannover**
Schiffgraben 4, 30159 Hannover

Consal Beteiligungsgesellschaft AG
Maximilianstr. 53, 80530 München

**Deutsche Rückversicherung
Aktiengesellschaft**
Düsseldorf und Berlin
Hansaallee 177, 40549 Düsseldorf

**ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-
Aktiengesellschaft**
Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf

**UKV – Union Krankenversicherung
Aktiengesellschaft**
Peter-Zimmer-Str. 2, 66123 Saarbrücken

Stand: 31. Dezember 2010

Impressum

Verband öffentlicher Versicherer

Hansaallee 177
40549 Düsseldorf
Telefon 0211. 4554-01
Telefax 0211. 4554-202
info@voevers.de
www.voev.de

Realisierung

Kuhn, Kammann & Kuhn GmbH, Köln

Druck

Bernauer Druckservice, Köln

Bildnachweis

S. 6 (1926): bpk,
S. 8. (1984, 1994): ÖMARK,
alle übrigen Fotos:
Verband öffentlicher Versicherer

Verband öffentlicher Versicherer

Hansaallee 177
40549 Düsseldorf

Telefon 0211.4554-01
Telefax 0211.4554-202
info@voevers.de
www.voev.de